



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Correspondenz aus Schleswig-Holstein.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Clemens und H. Vosen, der auch hier seinem Vorgänger fast wörtlich folgt, wissen zwar die letzten Lebensjahre noch ganz anders darzustellen. Sie kennen einen Brief von Galilei an seinen Schüler Ranieri vom December 1633, in welchem es heißt: „Vor fünf Monaten entließ man mich von Rom zu einer Zeit, als gerade in Florenz die Pest herrschte. Mit liebreicher Großmuth wurde mir daher als Arrest der Palast des Erzbischofs Piccolomini, meines so theuren Freundes, den ich in Siena hatte, zugewiesen. Ich genoß dessen angenehme Unterhaltung mit solcher Ruhe und Zufriedenheit des Gemüths, daß ich dort meine Studien wieder vornahm. Als nun nach fünf Monaten in meiner Heimath die Pest aufhörte, wurde mir im Anfange des Decembers dieses Jahres 1633 erlaubt, die Einschränkung dieses Hauses mit der Freiheit des Landlebens, die ich so sehr wünsche, zu vertauschen. Daher begab ich mich auf die Villa Bellosquarde und hernach nach Arcetri, wo ich mich jetzt befinde, um nahe bei meiner lieben Heimath Florenz diese vortreffliche Lust zu genießen.“ Die in diesen Sätzen sich kundgebende Sorgfalt des Papstes für Galileis Gesundheit ist wahrhaft rührend. Wie bedacht ist er, daß Galilei ja nicht der Pest zum Opfer werde; welche idyllische Freiheit des Landlebens gewährt er ihm nicht! Wirklich ist es Jammer und Schade, daß der ganze Brief anerkanntermaßen unecht ist, eine Fälschung des Duca Caetani (Reumont a. a. D. S. 386).

Doch genug über diesen Gegenstand. Nur einmal noch zum Schlusse wenden wir uns an H. Vosen. S. 32 sagt er: „Wer übrigens vom speciellen Standpunkte des confessionellen Hasses aus den übel angebrachten Eifer der römischen Glaubenswächter damaliger Zeit gegen Galilei als katholische Unwissenheit bezeichnen will, den mahnen wir an die gleiche Erscheinung unter den damaligen Protestanten. Johannes Kepler, der größte Astronom vielleicht aller Zeiten, hat von den protestantischen Theologen in Tübingen kurz vorher wegen Vertheidigung der kopernikanischen Ansicht viel mehr zu leiden gehabt als Galilei in Rom.“

Worin dies „viel mehr“ bestand, was Kepler zu leiden hatte, wissen wir freilich nicht. Allein das wissen wir: Wenn aus dem Proceß Galileis, einem Parteiproceß, wie hier gezeigt worden ist, auch jetzt noch Capital gemacht wird, so ist es nicht der übel angebrachte Eifer der römischen Glaubenswächter damaliger Zeit, den man geißelt. Das ist es vielmehr, daß heute wie damals eine nicht religiöse, eine politische Clique unter gleichem Vorwande der Religionsgefahr dem Fortschritt auf allen Gebieten des Lebens entgegentritt. Die Stimme dieser Partei hören wir auch wieder aus den Worten, die erst bei den jüngsten Heiligsprechungen in Rom ertönten:

„Die Wissenschaft, so sagte man schon zu Zeiten Gregors des Großen, die Wissenschaft besteht darin, das Gegentheil der Wahrheit zu beweisen und den Sinn der Worte zu verdrehen.“

Correspondenz aus Schleswig-Holstein.

Daß unser Particularismus mehr als Brot essen kann, ist Ihnen genügend bekannt. Seine neueste Leistung aber werden Sie nicht erwartet haben: sie ist ein complettes Wunder, falls es heutzutage irgend noch Wunder giebt. Sie

wissen, wie man im Sundewitt und auf Alsen früher über den Herzog von Augustenburg dachte. Ein Duzend Hofbeamte, einige andere zu Dank und Unterthänigkeit Verpflichtete hielten zu ihm, die Mehrzahl der Bevölkerung fühlte sich von ihm abgestoßen, Viele haßten ihn sogar und nicht ohne Ursache, wenn überhaupt zu haßen erlaubt ist. Auch das jüngere Geschlecht theilte diese Empfindungen. Und nun hören Sie, was jetzt geschieht. Jetzt kommt der Herzog, nachdem er Gravenstein in der Stille wiedererworben — Erwerb und Rückkunft beiläufig gegen sein ausdrückliches Versprechen im Artikel 2 des Nebereinkommens vom 30. December 1852 — und siehe da, was begiebt sich! Die Befehung Sanct Pauli ist nichts dagegen. „Es war“ — ich citire die gewiß unverdächtige Nordd. Zeitung — „ein Jubeltag, wie Gravenstein ihn lange nicht gesehen. Das hatte nichts Affectirtes, das kam von Herzen und ging zu Herzen.“ Massen von Volk aus der Umgegend herbeigeströmt, darunter etliche vierzig Turner, darunter an die dreißig Berittene, die dem plötzlich populär gewordenen und sehnuchtsvoll Erwarteten von Hoyerup bis Gravenstein als Vorreiter das Geleit geben. Vor dem Flecken, der mit Kränzen und Fahnen geschmückt ist, eine stattliche Ehrenpforte. Ueberschwengliches Hochrufen, Tusch der Musik, Blumenwerfen einer weißgekleideten Damenschaar, als um zwei Uhr der Herzog mit dem Prinzen Christian eintrifft. Dann herzliche Begrüßungsrede und herablassende Erwiderung. Und nun der Gipfel des Mirakels — werden Sies glauben? — Die Turner spannen die Pferde aus, verwandeln sich — o Ovidius! — in Rosse und ziehen den Wagen mit der Durchlaucht unter Hurrahgewieher bis auf den Schloßhof, wozu die Musikanten das „Nationallied“ aufspielen, selbstverständlich das schleswig-holsteinische Nationallied. Ausgeschürt werden die Gäule dann mit einem Frühstück bewirthet, das Unnatürlichste an dem Wunder, meinte ein Freund, der Zeuge gewesen war und Heu und Hafer erwartet hatte. Abends zum Schluß brillante Illumination, Pechkränze, Theertonnen, Serenade mit blaurothweißen Laternen, wiederholtes donnerndes Vivat, die ganze Luft erfüllt von der Weihe „aufrichtiger Anhänglichkeit und Verehrung“. Nicht die Spur von Claque, nichts von Künstlichkeit, von Einwirkung Kiels. Alles genuin aus der innersten Seele des Volkes gequollen. Sie zucken die Achseln und sagen: Aus dem Munde der Unmündigen hast Du Dir Lob bereitet. Sagen Sie das nicht, lassen Sie uns noch ein Weilchen so fortgedeihen wie in den letzten Monaten, so werden Sie legitimistische Mirakel erleben, wie sie kaum die glänzendste Zeit der bourbonischen Restauration in Frankreich gesehen hat.

Indeß Scherz bei Seite. Die Sache ist richtig, aber ein Wunder geschah damit gerade nicht. Die gravensteiner Demonstration kam aus der nachgerade bekannten Fabrik solcher Kundgebungen zur Verstärkung der particularistischen Gesinnungstüchtigkeit und zur Täuschung der öffentlichen Meinung in Deutschland. Selbst unsern Blauen war damit des Guten zu viel gethan, das Gedächtniß der Menschentinder zu wenig berücksichtigt, ihrem Glauben zu Starkes zugemutbet. Mehre von ihnen tabelten namentlich an dem Arrangement mit den Turnern den gar zu altmodischen Geschmack, andere mißbilligten mehr die Bedientenhaftigkeit, die sich von diesem Geschmack hatte mißbrauchen lassen.

Im Großen und Ganzen ist die Stimmung ungefähr die bisherige, weil die Mittel, auf sie einzuwirken, sich nicht geändert haben. Doch scheint es fast, als ob die Anschauungen der Nationalen, deren Verlangen jetzt ungeschmälernte Erfüllung der preussischen Forderungen vom 22. Februar ist, wenigstens unter der gebildeten Classe etwas mehr Boden, oder richtiger mehr offene Bekenner gewinnen wollten. In Altona schmäht „die Schleswig-Holsteinische Zeitung“ in der alten ungeschliffnen Weise auf Preußen fort, aber wer sich dort wirk-

licher Bildung und namentlich politischer Einsicht erfreut, neigt sich auf die Seite der Preußischgesinnten, und wir erwarten in diesen Tagen Zeichen davon. In Igehoe haben mehre angesehene Kaufleute und Fabrikanten sowie der dortige Physicus das Programm der Nationalen unterschrieben. In Elmshorn unterzeichnete unter andern der Ständeabgeordnete Dieck, in Angeln außer mehren Gutsbesitzern der außerordentlich beliebte Dr. Wurmb in Gelting, der im März v. J. Wortführer der großen Anglitterdeputation war. In der Stadt Schleswig sogar, die neuerdings stark particularistische Gesinnung entwickelte, schlossen sich eine Anzahl Bürger an, ja selbst in den Marschen erfolgten Beitritte, und aus dem sehr durchwühlten Eiderstedt wird berichtet, daß zwar die Vereine mit den gewohnten Thorheiten fortfahren, überall da aber, „wo man sich als Communalbeamter einer größeren Bedeutung seines Votums bewußt ist“, eine deutlich erkennbare Abneigung herrscht, sich an Agitationen und Demonstrationen zu betheiligen. Wir haben Ursache, zu glauben, daß das Sprichwort: „Wem Gott ein Amt giebt, dem giebt er auch Verstand“, sich an den Herren bald nicht blos in negativer, sondern in positiver Weise bewähren wird. Die Stillen sind nicht die Schlechtesten, obwohl etwas mehr Regsamkeit und etwas weniger Schweigen schon darum gut sein würde, weil man bei dem Gegentheil in Berlin nicht erfährt, daß noch Verstand im Lande gilt. Das letztere ist wirklich mehr der Fall, als ich vor einigen Wochen noch glaubte, das gilt selbst von Gutsbesitzern und Pächtern mittleren Ranges. Wer Preußen nicht liebt, der weiß doch meist, daß es eine Macht ist, der man mit Resolutionen und Adressen nicht beikommt, und daß, wenn das Provisorium endigen sollte, ohne daß Preußens Forderungen erfüllt würden, das dann eintretende Definitivum nur ein scheinbares, nur eine andere Art von Provisorium sein würde, und die Leute haben die Ruhe zu lieb, um nicht im Stillen ein wirkliches Definitivum vorzuziehen. Sie verzichten für die Ruhe, bei der man's zu etwas bringt, gern auf die „Volkssovereitätsrechte“, die mit Eingehen auf die preußischen Forderungen in Gefahr gerathen sollen, und von denen sie nicht recht wissen, was sie in Mark und Schilling ausgeprägt werth sind. Ganz ähnlich kann man in Kiel, in Eckernförde und in Schleswig urtheilen hören, vorzüglich unter Kaufleuten, doch nur in vertrauten Kreisen; denn man darf sich die Kundschaft nicht verschmerzen, und der kleine Bürger ist ganz in den Händen der Demagogen; auch haben wir, wie sie wissen, neben der öffentlichen eine geheime Polizei, die, wie es scheint, überall, besonders unter den Schulmeistern, ihre Agenten hat, und schließlich ist es gelungen, den größten Theil der Beamtenstellen mit rein-herzoglich und in Folge dessen antipreußisch und anti-deutsch Gesinnten zu besetzen. Kein Wunder daher, wenn sich selbst Hiesige über die Meinung des Landes vielfach falsche Vorstellungen machen. Die Verständigen meist schweigsam, weil eingeschüchtert, die Unverständigen um so lauter, weil durch nichts am Schreien gehindert, die Beamten, welche wanken, mit Nichtbestätigung bedroht (sie sind fast alle nur „constituirt“), die Bauern durch reisende Agenten belehrt, daß Preußen durch Einführung der Steuer auf Salz dieses Lebensbedürfnis so theuer wie Zucker machen, daß es die Landesfinder in polnische Festungen als Garnison legen will, über allen diesen Intriguen endlich die segnende Hand des Herrn v. Halbhuter, wie sollte sich der Particularismus nicht trotz der Bemühungen der patriotischen Partei noch halten und als eine Art von Macht fühlen und geriren.

Es sind, wie angedeutet, auch außer dem kleinen tapfern Kreis der Nationalen verständige Elemente in Menge vorhanden. Aber Preußen sollte denselben Muth machen, sich zu äußern, sie wenigstens in der Weise stärken, wie Oestreich den Particularismus stärkt. Selbst einigermaßen Eingeweihte wissen nur ungefähr, was Herr v. Bismarck will, und nicht entfernt, was er kann,

Sie glauben zu wissen, daß in der Umgebung des Königs Einflüsse sich geltend machen, denen das Bündniß mit Oestreich mehr gilt als die Erwerbung nothwendiger Rechte in den Herzogthümern, daß im Abgeordnetenhaus eine Partei sich vernehmen läßt, die unter andern nicht erfreulichen Hebeln, mit denen sie das Ministerium zu Fall zu bringen versucht, sogar das augustinburgische Erb-recht benützt. Sie erwarten unter diesen Umständen mit Sehnsucht eine klare und unwiderlegbare Aeußerung von Berlin her, daß man die Forderungen vom Februar noch immer als das Minimum dessen betrachte und festhalten wolle, was Preußen bei uns zu seinem und ganz Deutschlands Besten zu verlangen hat. Nicht die Reugier, sondern die Noth unserer Partei und die Rücksicht auf die bevorstehende Einberufung oder Wahl der Stände heißt uns dies dringend wünschen. Erfährt die Bevölkerung, daß Preußen mit seinen Forderungen bitterm Ernst zu machen, sie unter allen Umständen ohne Nachlaß durchzusetzen entschlossen ist, so wird hier mancher Stille laut, mancher Wilde zahm werden. Nicht die preussischen Annexionsgelüste, sondern die scheinbare oder wirkliche preussische Unentschlossenheit und Unsicherheit ist der faule Boden, auf dem der Pilz unfres Particularismus gedeiht. Zeige man, daß Preußen den Mitbesitzer nicht fürchtet, und man wird hier lernen, Preußen zu fürchten. Fürcht aber — es ist traurig, das sagen zu müssen — wird der Weisheit Anfang sein, und die Liebe wird nachfolgen, wie unfre Bauern von erzwungenen Ehen sagen. Vorläufig gelte: oderint dum metuant!

So weit hatte ich geschrieben, als die neueste Wendung in Berlin sich ankündigte. Es sieht aus, als sollte wirklich Ernst gemacht werden. Die Abweisung der Denkschrift des hiesigen Hofes als einer völlig ungenügenden Aeußerung auf die preussischen Forderungen, durch die „Provinzial-Correspondenz“ zerstreute die hier in der letzten Zeit eifrig verbreiteten Gerüchte, als lasse Preußen aus Rücksicht auf Oestreich mit sich handeln, und als würden wir demnächst genöthigt sein, dem Gegentheil unsrer Wünsche und Bestrebungen, einem vollkommenen souveränen Gebieter der Herzogthümer, zu huldigen. Wir erfuhren, daß nicht mit Clauseln, nicht mit Halbheiten, sondern unumwunden und rückhaltslos die preussischen Bedingungen anzuerkennen seien, daß die coburger Convention in Berlin als „nicht im Mindesten anwendbar“ auf unsre Verhältnisse angesehen werde, und daß Preußen darauf bestehe, daß alles, was es im eignen und in Deutschlands Interesse fordern zu müssen glaubt, vor Erledigung der Frage über die künftige Herrschaft vollständig gesichert werde. Wir freuten uns dieser Erklärung, die der Kern unseres rendsburger Programms war, und wir freuten uns ihrer um so mehr, als ihr Schluß versprach, die nächste Zeit werde den Kielern sowie allen Betheiligten Gewißheit geben, daß Preußen an seinen Forderungen vom 22. Februar „unbedingt und in allen Beziehungen festhält und eine Erledigung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit ohne vorgängige absolute Anerkennung und Sicherung dieser Bedingungen nicht zugeben wird.“

Die Provinzial „Correspondenz“ ist nicht der „Staatsanzeiger“. Aber die Reden des Ministerpräsidenten in der Debatte über die Marinevorlage — die beiläufig, was man sonst auch an ihnen aussetzen möge, jedenfalls preussischer waren als die, in welchen der Verleger des „Organs für jedermann aus dem Volke“ und Herr v. Bunsen sich für unsern Particularismus anstrenghen — diese sehr deutlichen Reden bestätigten, was das officiöse Blatt gesagt. Preußen wird sein Bestrecht in Schleswig-Holstein nur gegen Anerkennung seiner Februarforderungen von Seiten der Stände abtreten, es sei denn, daß ein unglücklicher Krieg es aus diesem Rechte verdränge. Das sind starke und kühne Worte, die ein Minister nicht vor ganz Europa aussprechen darf, ohne

das Ansehen seines Staates zu schädigen, wenn er nicht entschlossen ist, sie wahr zu machen, sie im Fall der Noth mit „Blut und Eisen“ zu vertreten.

Bleibt in unsrer Rechnung nur übrig, daß der Minister nicht der König ist, und da uns Freunden Preußens hier die Antwort fehlt, so mischen sich unsrer Hoffnung immer noch Zweifel, unsrer Befriedigung noch lebhafteste Wünsche nach baldiger Action im Geiste der Reden des Ministers bei. Schon jetzt aber wird mancher von unsern halben Particularisten bedenklich geworden sein in Betreff der Phrase „nicht octroyiren, sondern pactiren“. Weitere Festigkeit in Berlin, und der Verstand des Landes wird sich noch mehr von dem ihm künstlich beigebrachten Rausch erholen. Die kleinen Mittelchen der Kieler werden dann der starken Stimme des norddeutschen Großstaates, die zum Erwachen aus dem langen Traume mahnt, nicht mehr Stand halten, und wir werden von Anfang an trotz Herrn v. Halbhuber wenigstens eine beachtenswerthe Minorität vorsichtiger, unbefangener und wahrhaft patriotischer Männer in die Ständeversammlung bekommen, die Aussicht hat, bei fernerm Beharren Preußens in seiner Position zur Majorität zu werden. Gibt es doch schon jetzt unter unsern Blauen nicht wenige, die nur Anstands halber, um sich die Seele zu salviren, noch gegen die preußischen Forderungen Front machen.

Zum Schluß noch ein Wort über die von Preußen vorgeschlagene Befragung der Stände. Gewisse Blätter befürchten von der preußischen Forderung, daß vorerst die bestehenden Ständeversammlungen zur Verathung eines Wahlgesetzes einberufen werden, schwere Beeinträchtigung des deutschen Elements in Schleswig, oder stellen sich mindestens, als ob sie dies fürchteten. Sie sagen nämlich, die gegenwärtige Ständeversammlung enthalte infolge der Wahlumtriebe der ehemaligen dänischen Regierung eine unverhältnißmäßig große dänischgesinnte Minorität, und völlig neue Wahlen würden diese vermindern. Diese Behauptung beruht auf Selbsttäuschung oder der Absicht zu täuschen. Wollte man nach dem Wahlgesetz von 1848 wählen lassen, so würde dieses, da es den sogenannten kleinen Leuten mehr Stimmen giebt, als das seither gültig gewesene und diese in Nordschleswig verwegend dänischgesinnt sind, der Partei, welche diesen Landestheil wieder an Dänemark zu bringen sucht, eine willkommene Handhabe werden. Wahrscheinlich ist allerdings nicht, daß die Partei damit alle ihre jetzigen Abgeordneten wieder in die Versammlung bringen würde, aber wir halten es mit der „Nordd. Zeitung“ für sehr viel weniger bedenklich, wenn die unter dänischem Regiment gewählten schleswigschen Provinzialstände eine verhältnißmäßige starke dänische Minderheit enthalten, als wenn unter deutschem Regiment eine verhältnißmäßig starke Anzahl dänischgesinnter Abgeordneten gewählt wird.

Die dänische Fraction wird übrigens nicht gerade eine gefährliche Stärke haben. Die Versammlung besteht gegenwärtig (seitdem die deutsche Majorität ihre Mandate niedergelegt hat) aus zwei Abgeordneten der Geistlichkeit, sechs Vertretern der Städte und zehn Deputirten der ländlichen Wahlbezirke, zusammen aus achtzehn Mitgliedern. Unter diesen werden die beiden Geistlichen jetzt als deutschgesinnt zu betrachten sein, entschieden ist dies von drei ländlichen Abgeordneten, Jacobsen in Volbikum, Martensen in Drelsdorf und Jensen in Auesøder zu behaupten, und auch die beiden Vertreter Flensburgs sind wohl nicht zu den dänischen Eiferern zu zählen. Die Neuwahlen für die, welche ihr Mandat niedergelegt haben, werden ohne Zweifel sämmtlich im deutschen Sinne ausfallen, und so darf man annehmen, daß die dänische Gesinnung in der Ständeversammlung nur durch elf, höchstens durch dreizehn, die deutsche dagegen durch einunddreißig, mindestens durch neunundzwanzig Abgeordnete repräsentirt sein wird.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Moritz Busch.

Verlag von F. A. Herbig. — Druck von C. C. Elbert in Leipzig.